

In diesen Ostschweizer Gebieten ist das 5G-Netz schon auf Sendung

Die Telekomunternehmen Swisscom und Sunrise haben in der Ostschweiz erste 5G-Antennen in Betrieb genommen. Von einem Moratorium wollen die Kantone nichts wissen.

Adrian Vögele
8.7.2019, 05:00 Uhr



Noch sind es erst ein paar Flecken auf der Landkarte: Das ultraschnelle und hochumstrittene Mobilfunknetz der fünften Generation (5G) ist in der Ostschweiz bislang nur sehr vereinzelt in Betrieb. Begonnen hat der Ausbau in den Land- und Bergregionen (siehe Karte). «Dass viele der erschlossenen Orte ausserhalb der Ballungszentren liegen, ist kein Zufall», schreibt das Telekomunternehmen Sunrise.

WERBUNG



inRead invented by Teads

Man konzentrierte sich zuerst auf jene Kunden, die zu Hause oder am Arbeitsplatz keinen Glasfaseranschluss hätten. So senden Sunrise-Antennen am Untersee, in Neckertal und in Flumserberg bereits das 5G-Signal. Auch die Swisscom ist ausserhalb der Städte aktiv: Über die Hirschberg-Antenne bei Appenzell und eine weitere Anlage in Urnäsch läuft das neue Netz. Weitere Standorte werden rasch hinzukommen.

Während Sunrise damit wirbt, beim 5G-Ausbau in der Schweiz die Nase vorn zu haben, verspricht Swisscom, bis Ende Jahr das ganze Land mit dem neuen Netz zu versorgen. Allein der Kanton Thurgau hat bis Ende Mai über 30 solcher Anlagen bewilligt oder zumindest als bewilligungsfähig eingestuft.

Normalbürger kennen 5G bis jetzt vor allem vom Hörensagen. Auf dem Markt gibt es erst wenige Geräte, die das neue Netz überhaupt nutzen können. Umso heftiger werden die theoretischen Diskussionen geführt. Ist 5G eine Gefahr für die Gesundheit? Das ist der zentrale Streitpunkt.

Dass in der Schweiz zehnmal strengere Strahlungsgrenzwerte gelten als im Ausland, beruhigt die Kritiker kaum. In diversen Kantonen wird über ein 5G-Moratorium diskutiert, in Genf und im Jura ist es beschlossene Sache. Die Frage beschäftigt auch Ostschweizer Politikerinnen und Politiker – in allen Kantonen ausser Innerrhoden wurde in den vergangenen Monaten ein Marschhalt zum Thema.

Antennen senden keine «Millimeterwellen»

Die St.Galler Kantonsräte Dario Sulzer (SP), Guido Wick (Grüne) und Bruno Dudli (SVP) verlangten per Motion ein Baumoratorium für 5G-Antennen. Der Aufbau des neuen Netzes sei so lange auf Eis zu legen, bis unabhängige wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen. Die Regierung lehnte den Vorstoss ab: 5G sei eine Schlüsseltechnologie für die Digitalisierung und für die Wirtschaft sehr bedeutend.

Die kontrovers diskutierten «Millimeterwellen» mit einer Frequenz von über 26 Gigahertz kämen nicht zum Einsatz. «Vielmehr hat die in der Schweiz verwendete 5G-Technologie dieselbe Signalstruktur wie 4G, das bereits seit 2012 verwendet wird. Es werden keine neuartigen elektromagnetischen Felder gesendet.» Ohnehin regle der Bund diesen Bereich abschliessend, Kantone und Gemeinden hätten keinen Spielraum.

ANZEIGE

Nachfolgeplanung

Wie Sie Ihr Unternehmen der nächsten Generation übergeben.

[Mehr dazu](#)



In der Parlamentsdebatte im Juni warnte Motionär Bruno Dudli: Die 5G-Frequenzen, die derzeit in der Schweiz verwendet würden, seien erst das Vorspiel. «Auf internationaler Ebene rollt die Hauptwelle für das zukünftige 5G im Hochfrequenzbereich von sechs bis hundert Gigahertz heran.» Die Risiken dieser Frequenzen seien zu wenig bekannt, «es wird für meinen Geschmack noch zu sehr im Trüben gefischt». Die Mehrheit des Parlaments erachtete die Lage jedoch als weniger dramatisch und lehnte die Motion mit 69 zu 31 Stimmen ab.

Für Dario Sulzer ist die Sache aber nicht erledigt. Es gelte nun, auf Bundesebene den Bericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung zu 5G abzuwarten (siehe Kasten). «Falls die Experten zum Schluss kommen, dass Gesundheitsschäden nicht ausgeschlossen sind, werden wir mit einem weiteren Vorstoss nachdoppeln.»

Je schlechter der Empfang, desto mehr strahlt das Handy

Auch die Ausserrhoder Regierung sieht keinen Bedarf für ein Moratorium, wie sie auf eine Anfrage von Kantonsrat Peter Gut schreibt. Sie argumentiert ähnlich wie die St.Galler Regierung – und erteilt nebenbei etwas Nachhilfe in Sachen Mobilfunk: Je schlechter der Empfang und je höher die Distanz zur Antenne, desto mehr erhöhe sich die Strahlenbelastung des Handynutzers durch sein eigenes Gerät. Ein Netzausbau führe damit nicht zu einer höheren, sondern zu einer geringeren Strahlenbelastung der Bevölkerung. So habe die Einführung des 4G-Netzes vielerorts entlastend gewirkt.

Im Thurgauer Grossen Rat kamen unter anderem die Bagatellbewilligungen zur Sprache: Sie erlauben es den Telekomfirmen, bestehende Antennen auf den 5G-Standard aufzurüsten, ohne dass dafür ein normales Baubewilligungsverfahren nötig ist. Karin Bétrisey (Grüne) verlangte in einer Anfrage, dass diese Praxis sofort gestoppt wird. Die Thurgauer Regierung winkt jedoch ab. Der Kanton prüfe diese Gesuche eingehend und informiere die Gemeinden über allfällige Änderungen – das Bundesrecht werde eingehalten.

«Bund muss umfassend informieren»

Der St.Galler CVP-Nationalrat Thomas Ammann, der auch Mitglied der Fernmeldekommission ist, sieht bei 5G vor allem ein Informationsproblem. «Die Bevölkerung ist verunsichert.» Der Bund dürfe das Dossier nicht einfach der Telekombranche überlassen, sondern müsse aktiv, umfassend und transparent über das neue Netz informieren. «Einfach verständliche Auskünfte sind nötig, etwa bezüglich Technik, Anwendungsmöglichkeiten und Gesundheit.»

Auf eine entsprechende Interpellation Ammanns reagiert der Bundesrat allerdings zurückhaltend und verweist auf den ausstehenden Bericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung. «Die Antwort ist nicht unbedingt befriedigend», meint Ammann dazu. Die Fernmeldekommission werde das Thema 5G genau im Auge behalten. «Im September soll der Bericht der Arbeitsgruppe vorliegen – dann wissen wir mehr.»

Bern erfüllt St.Galler Forderung: Strahlen werden überwacht

Die Kenntnisse über die Auswirkungen moderner Mobilfunktechnologie könnten besser sein: Dieser Ansicht ist auch der Bund. Schon seit September 2018 beschäftigt sich eine Arbeitsgruppe mit den Bedürfnissen und Risiken beim Aufbau von 5G-Netzen. Das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation wird den Bericht, sobald er vorliegt, veröffentlichen und anschliessend über das weitere Vorgehen entscheiden. Ausserdem hat der Bundesrat im April ein Monitoring der Mobilfunkstrahlung in Auftrag gegeben. Der Schritt geht auf ein Postulat der ehemaligen St. Galler Nationalrätin Yvonne Gilli (Grüne) aus dem Jahr 2009 zurück. Das Bundesamt für Umwelt wird das Monitoring nun aufbauen.

Für Mobilfunkstrahlung sei bislang weder eine klare gesundheitliche Gefährdung noch eine klare Unbedenklichkeit nachgewiesen, schreibt die Krebsliga Schweiz. Die Strahlenbelastung sei darum möglichst niedrig zu halten. «Da durchschnittlich über 90 Prozent der individuellen Strahlenbelastung durch das eigene Handy verursacht werden, sind ein gutes Netz mit entsprechend hochwertiger Verbindungsqualität und eine Optimierung der Handys auf möglichst tiefe Strahlung dafür zwingend.»
(av)

Tagblatt Sommerangebot

Auf dem Sofa, am See oder auf Reisen? Mit unserem Sommerangebot haben Sie den Lesestoff Ihrer Region immer dabei.

[Jetzt 3 Monate lesen, 1 Monat zahlen!](#)

